

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Mittwoch,
3. December 1879.
Inserate
nach an die Expedition in
Leipzig zu senden.
Inserationsgebühren
für die Spaltenzeile 20 Pf.,
unter Abzug 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 1. Dec. Sr. Maj. Rannensboot
Cyflop, 4 Geschütze, Commandant Kapitänlieute-
nant v. Schudmann I., hat am 8. Oct. Nagasaki ver-
lassen und am 10. Oct. vor Shanghai geankert.

Kassel, 1. Dec. Dem Vernehmen nach ist morgen
in Berlin zwischen der Regierung und einem Theil
hessischer Agnaten ein Abfindungsvertragstermin.
(N. Frk. Pr.)

Münster, 1. Dec. Die Nachricht des West-
fälischen Merkur, daß die Landräthe angewiesen seien,
dem katholischen Clerus wieder die Leitung des
Religionsunterrichtes in der Volksschule anzubie-
ten, wird als unrichtig bezeichnet.

Stuttgart, 1. Dec. Die Gesamtzahl der bei
der Reichstagsersatzwahl im 15. württembergischen
Wahlkreise (Blaubären-Erhingen) abgegebenen Stim-
men betrug laut amtlicher Zählung 15691; hiervon
erhielt der zum Abgeordneten gewählte Stadtschultheiß
Joseph Müller in Erhingen (C.) 8106, dessen Ge-
necandidat Landrichter Landauer in Ellwangen (Centr.)
7585 Stimmen.

Wien, 1. Dec. Das Abgeordnetenhaus be-
gann heute die Verathung des Wehrgesetzes. Zeit-
hammer erstattete den Bericht der Majorität, Rech-
bauer denjenigen der Minorität (Bewilligung der Kriegs-
stärke von 800000 Mann auf ein Jahr). Graf Richard
Clam sprach unter dem Beifall der Rechten für die
unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Czedit
begleitete den Antrag auf Herabsetzung des Friedens-
standes auf 230000 Mann, wodurch das Budget um
3 Mill. entlastet werden würde. Grocholski bekämpfte
diesen Antrag und sprach für die Regierungsvorlage.
Schaup ist für den Minoritätsantrag, Mattus mit
Rücksicht auf die politische Situation für die Fortdauer
des gegenwärtigen Krieges auf zehn Jahre; der
Redner bestreitet, daß seine Partei für das Wehr-
gesetz stimme, weil sie nationale Concessionen erwarte.
Sohn kann die Regierung ein Verbot erlassen, wel-
ches die Annahme der Vorlage involvire, nicht ertheilen,
solange er die Principien der Regierung nicht kennt.
Nachdem noch Djwonkowski für den Antrag der Majori-
tät gesprochen hatte, wurde die Weiterverathung auf
morgen vertagt.

Budapest, 1. Dec. In der Conferenz der
liberalen Partei interpellirte Fall, ob Deutschland,
da die Verhandlungen bisher resultatlos gewesen, vom
1. Jan. 1880 nicht außer der Eingangsabgabe noch
einen Zuschlag erheben werde, wenigstens über diesen
Punkt müßte man ein förmliches vertragmäßiges Ab-
kommen mit Deutschland treffen. Der Handelsminister
antwortete und erwähnte, diese Eventualität sei der
Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen; die-
bezügliche Verhandlungen seien im Gange und er hoffe,
in den nächsten Tagen sich bestimmen äußern zu können.
(Wiederholt.)

London, 1. Dec. Der Times wird aus Rabul
von heute gemeldet: „In Gemäßheit der Anordnung
des Vizekönigs ist der Emir heute in Begleitung des
Kapitän Turner von Rabul nach Peschawar abgereist.“

Newyork, 30. Nov. Die Botschaft des
Präsidenten Hayes an den Congress, welche vor-
zeitig veröffentlicht worden ist, beglückwünscht denselben
zu der glücklichen Ausführung des Gesetzes über die
Wiederaufnahme der Baarzahlungen, wodurch eine
große Wiederbelebung der Geschäfte und eine Verbesse-
rung des Nationalcredits herbeigeführt worden sei, und
schlägt den legislativen Körperschaften vor, die 5- und
6proc. Bonds, im Betrage von 792 Mill. Doll. durch
4proc. zu ersetzen. Was die Münzgesetzgebung anbe-
trifft, so erscheine es rathlich, dieselbe während der
mit den europäischen Nationen schwebenden Verhand-
lungen zu vertagen. Jedoch müßte eine Suspension
der Ausprägung von Silberdollars eintreten, da es
außerdem unmöglich sein werde, die Gleichheit des
Werthes zwischen Gold- und Silbermünzen aufrecht
zu erhalten und das Ziel der Doppelwährung zu er-
reichen. Die Ausgabe von Papiergeld, wie es die
Legal-Tender-Akte gestatte, sei, Dringlichkeitsfälle aus-
genommen, wider die Verfassung, die Politik der Ver-
einigten Staaten sei stets dahin gegangen, eine Ver-
mehrung der Nationalschuld zu vermeiden. Wenn
eine Aenderung in den bestehenden Böllen nothwendig
werden sollte, empfehle sich die Aufhebung von Kasse-
und Theezölle. Die Beziehungen zu den auswärtigen
Ländern seien friedliche, die meisten der mit Spanien
in Betreff der Insel Cuba schwebenden Fragen hätten
eine glückliche und ehrenvolle Lösung gefunden, mit
Deutschland seien wiederholt in Betreff der Naturali-
sation und Auswanderung Fragen entstanden, die kai-
serlich deutsche Regierung habe jederzeit das leb-
hafteste Verlangen an den Tag gelegt, den Bestimmun-
gen der Verträge in stricter Weise nachzugehen. Nach
Samoa sei ein Kriegsschiff gesendet worden, um von
den den Unionsstaaten zugestandenen Privilegien Besitz
zu nehmen und eine Zollstation zu errichten. Wenn
das Project eines unter den Auspicien der Unions-
staaten auszuführenden Panamakanals nicht mehr zwei-
felhaft sein sollte, werde das dazu erforderliche Kapital
in Europa und Amerika leicht zu beschaffen sein. —
Der Bericht des Schatzsecretärs Sherman
schlägt die Einnahmen des nächsten Jahres auf 288,
die Ausgaben auf 278 Mill. Doll. an.

Vom preussischen Laubtage.

Berlin, 1. Dec. Das Abgeordnetenhaus setzte
heute die zweite Verathung des Staatshaushalts fort.
Bei Kap. 6: Einnahmen aus der Lotterieverwaltung
4,060,000 M., bemerkt Abg. Röderath:

Er wolle bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht auf
die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen das Lotteriespiel
überhaupt eingehen, müsse aber den Wunsch äußern, daß

den Spielern ein Recht auf Erneuerung ihrer Lose ein-
geräumt werde, und die Gewährung neuer Lose in der Reihen-
folge der Anmeldung erfolge.

Regierungscommissar v. Lenz erwidert, daß die
Regierung in Bezug auf diese Aenderungen die Ini-
tiative nicht zu ergreifen beabsichtige, daß sie aber,
falls das Haus eine betreffende Resolution fassen sollte,
die Sache in Erwägung ziehen werde.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird genehmigt,
ebenso in rascher Folge die Etats des Seehandlungs-
instituts, der Münzverwaltung, des Gesehsammlungs-
amtes, des Deutschen Reichs-Anzeigers und des Mi-
nisteriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Beim Etat des Kriegsministeriums richtet Abg.
Berger die Anfrage an die königliche Staatsregierung,
ob dieselbe mit den vom Hause bewilligten Mitteln
für die Umgestaltung des Zeughauses auskommen
werde, oder ob sie neue Anforderungen zu diesem
Zwecke stellen werde.

Kriegsminister v. Ramele versichert, daß das letz-
tere nicht der Fall sein würde; die Mittel reichen für
die Zwecke, für die sie bewilligt, vollkommen aus.

Abg. v. Heereman: Nachdem man einmal so große
Summen für das Zeughaus bewilligt habe, möchte
er das Kriegsministerium bitten, das Haus nicht noch
weiter für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen. Der
vorliegende Etat enthalte wieder eine Forderung von
3000 M. zur Vermehrung der artilleristischen Samm-
lungen.

Der Titel wird hierauf bewilligt und damit der
Etat des Kriegsministeriums genehmigt.

Der Etat des Zuschusses zur Rente des Kron-
schatzcommissars wird ohne Debatte genehmigt.

Bei dem Etat des Herrenhauses bittet Abg. Delius,
den Etat des Abgeordnetenhauses gleich mit in die
Discussion ziehen zu dürfen, und beantragt, beide Etats
in die Budgetcommission zu verweisen, da bisher die
Rede gewesen sei, es sollten innerhalb der Einrich-
tungen beider Häuser einige Aenderungen platzgreifen.
Der Antrag wird genehmigt.

Bei dem Etat des Bureau des Staatsministe-
riums beantragt v. Benda nach den in der Budget-
commission gepflogenen Erwägungen, die Summe von
4800 M. an Functionszulagen auf 3600 M. herab-
zusetzen.

Der Regierungscommissar erklärt, die Regierung
werde dieser Herabsetzung nicht widersprechen, bittet
aber zu bedenken, daß die dadurch betroffenen höhern
Beamten einen empfindlichen Ausfall an ihrer Ein-
nahme erleiden.

Der Etat der Staatsarchive wird auf Antrag des
erkrankten Directors derselben, v. Sybel, für heute
von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Etat der Generalordenscommission und der
des geheimen Civilcabinetts werden debattelos genehmigt.
Beim Etat der Oberrechnungskammer handelt es
sich bei den außerordentlichen Ausgaben um Bewilli-

Berliner Briefe.

Berlin, im November. Die socialpolitische
Signatur unserer Hauptstadt ist unter scheinbar stiller
Oberfläche doch eine recht aufgeregte. In den letzten
Wochen haben die von der Verlegung des politischen
Schwerpunktes mehr nach rechts berührten socialen
und religiösen Anschauungen in unserm Berlin ein-
zelne recht unerfreuliche Gegensätze wach gerufen, welche
die naive Gemüthslichkeit, die der Berliner sonst so sehr
liebt, zu trüben drohen. Da steht die hochwürdige
Generalsynode auf gespanntem Fuße mit unserm guten
Magistrat; ein Streitbarer, von der Kanzel ins Volk
herabgesiegener Pfarrer, Diestellamp, war nahe daran,
eine Lanze mit dem bekannten gemäßigten oi-dovant
Prediger Kalthoff in einem großen Bierlocal zu brechen,
um die Orthodoxie zu Ehren zu bringen; der streit-
barste Hofprediger Söder, der bei seinen Christlich-
socialen Zweckes die Judenfrage aufs Tapet brachte,
hat nun auch seinem Ingrimm über die schlechte ber-
liner Presse Luft gemacht; und nun gar die Liga der
Antisemiten, deren kleines Häuflein durchaus den jü-
dischen Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Straßmann ab-
gesetzt haben will, weil er in seinem Bezirksverein in
freilich etwas exaltirter Weise von Rejegerichten und
Scheiterhaufen, die man in Berlin errichten wolle, ge-
sprochen hat. Zu dem allen tritt nun noch die von dem
Minister Raybach tief beleidigte Börse, die mit Indig-
nation den Vergleich mit dem Giftbaum zurückweist!
Will man als geschickter Pilot durch die Bran-
nung aller dieser scheinbar unversöhnlichen Gegensätze
steuern, ohne auf Helfensriffe zu stoßen, und will man

bei allen diesen Gegensätzen, bei denen die Leiden-
schaften ihr trübes Spiel treiben, die goldene Mittel-
straße einhalten, so müßte man nach beiden Seiten
hin den Prediger abgeben, der den streitenden Par-
teien die Mäßigung ins Gedächtnis zurückruft. Die
Generalsynode geht in ihrem Eifer für die Seel-
sorge in unsern städtischen Kranken- und Irrenhäusern
zu weit. Begehren die Kranken nach geistlichem Trost,
so ist ihnen derselbe ja niemals von den Geistlichen
verweigert worden. Der Magistrat thut nach dieser
Seite hin, was in seinen Kräften steht, aber im Kranken-
hause hat zunächst der Arzt etwas zu sagen und hyper-
frommer Eifer, der in Irrenhäusern verrückten Menschen
die Tröstung der Religion spenden will, schadet — das
hat die Erfahrung gezeigt — mehr, als er nützt. Das
Consistorium, an welches sich die Generalsynode ge-
wendet hat, um dem Magistrat seine verabsäumten
Pflichten ans Herz zu legen, wird um so mehr einen
schweren Stand haben, als der Magistrat sich in einer
wohlmotivirten Denkschrift an die Bürger gewandt
und diesen seine Stellung zu dieser Angelegenheit klar
gemacht hat.

Wir armen Berliner, von denen 70 Proc. den
Tag über arbeiten müssen, um den bekannten und
verrufenen „Kampf ums Dasein“ mit Ehren aus-
zufechten zu können, sind überhaupt bei den hochwürdigen
Herren der Generalsynode sehr schlecht angeschrieben.
Nach ihrer Ansicht leben wir wie einst die verachteten
Bewohner von Sodom und Gomorrha. Und doch
haben wir offene Augen und offene Hände für jede
Noth, selbst wenn sie nicht speciell unsere Sprebe-
wohner trifft. Das Brot des Geistes, die Fortbil-

dung unserer Handwerker- und Arbeiterjugend an den
Sonntagen in den doch so segensbringenden Fortbil-
dungsanstalten, wollen uns die frommen Herren am
Grünen Tisch verklammern, weil das mit ihren An-
sichten über Sonntagsheiligung nicht übereinstimmt.
Die strengen Consequenzen dieser Ansichten würden
uns am Ende zu den englischen über alles Maß lang-
weiligen Sonntagen führen, an denen das Volk in
träger Beschaulichkeit verdaut, was es an Sonntagen
durch Ueberfälle der Genüsse gefressen hat!

Noch ist zwischen den beiden diametralen kirch-
lichen Gegensätzen, zwischen dem Pfarrer Diestellamp,
der — beiläufig gesagt — bei den Christlich-socialen
besagten Dr. Straßmann wegen seiner semitischen Ab-
stammung arg in Verruf gebracht hat, und dem frü-
hern Prediger Kalthoff, der seine religiösen Erbauungen
an jedem Sonntage in dem oberen Saale der Reichs-
hallen abhält, die Lanze nicht gebrochen. Am besten, es
ließen die beiden Kampfesmuthigen das Brechen der
Lanze sein. Ich halte nichts von solchem Gesecht
(das allenfalls auf das Katheder der Wissenschaft ge-
hört), wenn es vor der profanen Menge im Eigarren-
kampf und Bierbunk vor sich gehen soll. Die Dis-
cussion wird ihrer Würde entkleidet und verfällt der
Leidenschaft oder, was noch böser ist, der Lächerlich-
keit. Am ersten Abend, wo dieses geistliche Turnier
im Saale der Norddeutschen Brauerei vor sich gehen
sollte, war in Erwartung der Dinge der Saal ge-
stopft voll. Kalthoff war aber krank geworden und
hatte deswegen seinem frühern Amtstrüber freund-
schaftlich mitgetheilt, daß er fürs erste auf die Ehre
einer öffentlichen Discussion verzichten müsse.